

# Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft – Triebkraft eines neuen Rechtspopulismus?

Tagung der AN am 4. 2.2006

Professor Klaus Dörre, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Ich möchte zu einem Thema sprechen, zu dem sich Industrie- und Wirtschaftssoziologen eher selten äußern. Es geht um den Zusammenhang zwischen einer Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft und rechtspopulistischen Orientierungen.

## 1. Die These

Ich bin der Ansicht, dass es solche Zusammenhänge gibt. Sie sind allerdings außerordentlich komplex und empirisch schwer zu erfassen. Meine These lautet: Die auch in Deutschland zu beobachtende Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse erzeugt nicht nur soziale Desintegration; sie bringt zugleich einen neuen gesellschaftlichen Kontrollmodus mit vielfältigen Disziplinierungsmechanismen hervor. Je nahtloser sich Individuen oder Gruppen diesen Disziplinierungsmechanismen unterwerfen, desto stärker neigen sie dazu, ausgrenzende Integrationsvorstellungen zu entwickeln und den Kampf um Statuspositionen mit dem Mittel des Ressentiments gegen Outsider, aber auch gegen sozial benachbarte Gruppen zu führen. Dies ist eine, wenn auch nicht die einzige Quelle eines neuen Rechtspopulismus, der in Deutschland vor allem als Unterströmung in demokratischen Organisationen und Parteien wirksam ist.

Zur Begründung dieser These greife ich auf Ergebnisse einer qualitativen empirischen Untersuchung zurück, die ich gemeinsam mit Klaus Kraemer und Frederic Speidel durchgeführt habe. Die Studie basiert auf knapp 100 themenzentrierten Interviews mit Arbeitern und Angestellten, darunter zahlreiche prekär Beschäftigte, mehreren dutzend Expertengesprächen mit Führungskräften, Betriebsräten und Gewerkschaftern sowie einigen Gruppendiskussionen mit Leiharbeitern. An dieser Stelle beschränke ich mich auf die Genese rechtspopulistischer Orientierungen. Zum besseren Verständnis präsentiere ich vorab jedoch einige wichtige Befunde zur Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft.

## 2. Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft

Mit dem französischen Sozialwissenschaftler Robert Castel (2000, 2005) teile ich die Auffassung, dass sich die nachfordistischen Arbeitsgesellschaften mehr und mehr in drei Zonen spalten. Die Mehrzahl der Lohnabhängigen ist noch immer in einer – allerdings schrumpfenden – „Zone der Integration“ mit formal gesicherten Normbeschäftigungsverhält-

nissen tätig. Dazwischen expandiert eine „Zone der Prekarität“ mit heterogenen Beschäftigungsformen, die sich allesamt dadurch auszeichnen, dass sie oberhalb eines kulturellen Minimums nicht dauerhaft Existenz sichernd sind. Am unteren Ende bildet sich eine – in Deutschland noch relativ kleine – „Zone der Entkoppelung“ heraus, in welcher sich die von regulärer Erwerbsarbeit Ausgeschlossenen, die „Entbehrlichen“ der Arbeitsgesellschaft befinden. Auf der Grundlage des eigenen empirischen Materials kann ich die Castel'sche Hypothese für Deutschland präzisieren und neun typische Verarbeitungsformen (Schaubild 1) unterscheiden, die eine soziale Hierarchie der nachfordistischen Arbeitsgesellschaft abbilden.

Zufriedenen und die Abgehängten entwickeln aus unterschiedlichen Gründen Strategien, um in einer Lebenssituation, die durch strukturelle Unsicherheit gekennzeichnet ist und eine Art „Provisorium im Dauerzustand“ konstituiert, überleben zu können. Das Ziel einer Überwindung von Prekarität oder Ausgrenzung haben diese Gruppen im Grunde aufgegeben. Dies spricht dafür, dass sich prekäre Lebenslagen auch in den Habitusformen und Handlungsstrategien eines Teils der Befragten reproduzieren.

Zweitens entsteht durch die Verstetigung von Prekarität und sozialem Ausschluss eine neue gesellschaftliche Konfliktlinie. Klassenspezifische Verteilungskonflikte, die wieder an Brisanz ge-

### Schaubild 1: (Des-)integrationspotentiale von Erwerbsarbeit – eine Typologie

#### Zone der Integration

1. Gesicherte Integration („Die Gesicherten“)
2. Atypische Integration („Die Unkonventionellen“ oder „Selbstmanager“)
3. Unsichere Integration („Die Verunsicherten“)
4. Gefährdete Integration („Die Abstiegsbedrohten“)

#### Zone der Prekarität

5. Prekäre Beschäftigung als Chance / temporäre Integration („Die Hoffenden“)
6. Prekäre Beschäftigung als dauerhaftes Arrangement („Die Realistischen“)
7. Entschärfte Prekarität („Die Zufriedenen“)

#### Zone der Entkoppelung

8. Überwindbare Ausgrenzung: („Die Veränderungswilligen“)
9. Kontrollierte Ausgrenzung / inszenierte Integration („Die Abgehängten“)

An dieser Stelle muss ich darauf verzichten, die Typologie im Detail vorzustellen. Ich beschränke mich auf die Präsentation von vier wichtigen Befunden.

*Erstens* zeigt sich, dass soziale Unsicherheit sowohl in der „Zone der Prekarität“ als auch in der „Zone der Entkoppelung“ höchst unterschiedlich verarbeitet wird. In beiden Zonen stoßen wir auf ähnliche Grundmuster. Gruppen (Typ 5, 8), die wir als Hoffende oder als Veränderungswillige bezeichnet haben, klammern sich an den Glauben, eines Tages doch noch den Sprung in die Normalität zu schaffen. Sie setzen auf den „Klebeffekt“ eines unsicheren Beschäftigungsverhältnisses oder vertrauen auf einen anvisierten Bildungsabschluss. Daneben finden sich in beiden Zonen Verarbeitungsformen, die auf eine Verstetigung von Prekarität und Ausgrenzung hinauslaufen (Typ 6, 7, 9). Die Realisten, die

winnen, werden von einer Konfliktlinie überlagert, die das Drinnen und Draußen reguliert. „Normale“ Ansprüche an ein „gutes Leben“ lassen sich im Grunde nur mittels Zugehörigkeit zur schrumpfenden „Zone der Integration“, mittels Teilhabe an einem Normarbeitsverhältnis erreichen. Alles, was jenseits der sicheren Zone positioniert ist, zeichnet sich durch Grade des Ausschlusses von materiellem Wohlstand, sozialer Sicherheit, reichen Sozialbeziehungen und Partizipationschancen aus. Im Unterschied zu den subproletarischen Existenzen des 19. Jahrhunderts führen unsichere Beschäftigungsverhältnisse in den Arbeitsgesellschaften der Gegenwart aber nicht, jedenfalls nicht zwangsläufig, zu vollständiger Entwurzelung und Pauperisierung. Vielmehr befinden sich die prekär Beschäftigten in einer eigentümlichen Schwebelage. Sie müssen alle Energien mobilisieren, um den Sprung in sichere

Verhältnisse vielleicht doch noch zu schaffen. Permanente Anstrengungen sind aber auch nötig, um einen vollständigen Absturz in die „Zone der Entkopplung“ zu vermeiden.

*Drittens* zeigt sich, dass dieser prekäre Schwebezustand auch bei Befragten, die noch über ein Normalarbeitsverhältnis verfügen, Abstiegs- und Prekarisierungsängste auslöst. Bei den Verunsicherten und Abstiegsbedrohten (Typ 3, 4) können Abstiegsängste eine besondere Wirkung entfalten, weil diese Gruppen noch etwas zu verlieren haben. Standortkonkurrenzen und die zahlreichen Wettbewerbspakte, in denen häufig Zugeständnisse bei Arbeitszeiten, Löhnen und Arbeitsbedingungen gegen befristete Beschäftigungsgarantien getauscht werden, erzeugen auch in den Stammebelegschaften ein permanentes Gefühl der Verunsicherung. Im öffentlichen Dienst entfalten Privatisierungsdrohungen eine ähnliche Wirkung. Mit anderen Worten: Prekarisierungsprozesse sind auch innerhalb der „Zone der Integration“ wirksam – und dies nicht nur als diffuses Gefühl der Bedrohung sondern in Gestalt massiver Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensbedingungen.

*Viertens* begünstigt die Herausbildung einer „Zone der Prekarität“ die Produktion „gefügiger Arbeitskräfte“ (Boltanski/Chiapello 2003). Gerade weil sich die prekär Beschäftigten im unmittelbaren Erfahrungsbereich der über Normalarbeitsverhältnisse Integrierten bewegen, wirken sie als ständige Mahnung. Wenn gleich Leiharbeiter und befristet Beschäftigte betrieblich meist nur Minderheiten sind, wirkt ihre bloße Präsenz disziplinierend auf die Stammebelegschaften zurück. In Bereichen mit hoch qualifizierten Angestellten produzieren Freelancer und abhängig Selbständige einen ähnlichen Effekt. So finden sich im Grunde in allen Beschäftigungssegmenten Wechselbeziehungen zwischen Stammebelegschaften und flexiblen Arbeitskräften, die den „Besitz“ eines unbefristeten Vollzeitvertragsverhältnisses als verteidigungswertes Privileg erscheinen lassen. Aus diesem Grund ist die Prekarisierung kein Phänomen an den Rändern der Arbeitsgesellschaft. Sie bewirkt eine allgemeine subjektive Unsicherheit, die bis tief hinein in die Lebenslagen der formal Integrierten reicht. Prekarität wirkt desintegrierend und zugleich als disziplinierende Kraft. Insofern erzeugt und stützt sie ein Kontrollsystem, dem sich auch die Integrierten kaum entziehen können.

### 3. Die rechtspopulistische Axiomatik

Nach unserem Verständnis bezeichnen Prekarität und Prekarisierung somit keine sozioökonomische Lage, die außer-

halb der Subjektivität der Befragten existiert. Vielmehr stehen diese Begriffe immer auch für ein Macht- und Kontrollsystem (Foucault 2000), das sozialstaatliche Kompromissbildungen sukzessive durch die Disziplin des Marktes zu ersetzen sucht und entsprechende Verhaltensweisen hervorbringt. Dieser Befund ist für die politischen Verarbeitungsformen von Prekarisierungsprozessen bedeutsam. Zwar folgt die Produktion politischer Einstellungen und Meinungen einer eigenen, gegenüber den unmittelbaren Arbeitserfahrungen relativ autonomen Logik (Bourdieu 1988). Es gibt jedoch Berührungspunkte zwischen beiden Sinnwelten. Etwa dann, wenn bestimmte Alltagsphilosophien und Denkschemata eingespielte Formen der Arbeitsteilung und damit korrespondierende soziale Ungleichheiten legitimieren. Immer dann, wenn solche Legitimationen infolge veränderter Arbeitsteilungen erodieren, entstehen, wie ich zeigen werde, Spielräume für die Ausbreitung – auch – rechtspopulistischer Orientierungen.

Tatsächlich finden sich bei mehr als einem Drittel unserer Befragten Elemente einer rechtspopulistischen Axiomatik. Im Anschluss an Bourdieu bezeichnet diese Axiomatik ein Produktionsprinzip politischer Meinungen, das im Unterschied zu spontanen Haltungen, Emotionen und Stereotypen bereits ein System „expliziter politischer Prinzipien“ hervorbringt, welches einer eigenen inneren Logik folgt (Bourdieu 1988: 655-659). Die von uns identifizierte rechtspopulistische Axiomatik umfasst acht zentrale Topoi:

#### Schaubild 2: Indikatoren rechtspopulistischer „Alltagsphilosophien“

- (1) ‚Zuwanderung zerstört die deutsche Kultur und muss gestoppt werden‘
- (2) ‚Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg‘
- (3) ‚Wenn gespart werden muss, dann bei den Sozialschmarotzern‘
- (4) ‚Die deutsche Geschichte darf nicht länger Ballast sein‘
- (5) ‚Wir wollen stolz auf Deutschland sein, können es aber nicht‘
- (6) ‚Politiker sind ungläubwürdig, manche Gangster. Das gesamte System muss verändert werden‘
- (7) ‚Ein bisschen weniger Demokratie kann nicht schaden‘
- (8) ‚Rechte Parteien sind zu extrem, aber sie sprechen die richtigen Themen an‘

Die skizzierten Topoi bilden eine Logik des Ressentiments ab, die nationale Zugehörigkeit nach einem binären Schema codiert, auf diese Weise Abgrenzungen gegenüber Outsidergruppen vornimmt und so eine Ideologie der imaginären Integration durch den Ausschluss anderer hervorbringt.

Diese Ideologie ist nicht per sé extremistisch, aber sie ist für extremistische Zusätzungen offen. Es handelt sich zwar nicht um ein geschlossenes rechtes Weltbild, aber doch um eine mehr oder min-

der kohärente alltagspolitische „Gesamtkonzeption“. In unterschiedlichen Ausprägungen findet sich diese „Gesamtkonzeption“ in allen Zonen der Arbeitsgesellschaft. Von Integrierten wird sie genauso formuliert wie von prekär Beschäftigten oder Ausgegrenzten. Diese Feststellung ist für sich genommen bereits ein wichtiger Befund.

Denn offenkundig sind rechtspopulistische Orientierungen weder ein exklusives Phänomen der „Gesicherten“ noch der „Prekariert“. Vielmehr können in allen Positionen und Lagen, die die nachfordistische Arbeitsgesellschaft konstituieren, rechtspopulistische Orientierungen entstehen.

Deutlich wird zudem, dass sich die skizzierte Axiomatik nicht unmittelbar auf Arbeitserfahrungen zurückführen lässt. Es handelt sich offenbar um Einstellungen, Haltungen, Urteile und Deutungsschemata, die gegenüber situativen Einflüssen und Erfahrungen eine erhebliche Persistenz besitzen.

Für einen Zuwanderungsstopp kann man sein, obwohl oder gerade weil man in einer Region mit verschwindend geringem Ausländeranteil lebt. Die Ansicht, dass Migranten Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen, wird nicht zuletzt von Interviewpartnern formuliert, die ihren eigenen Arbeitsplatz für sicher halten. Und die Ausgrenzung von „Sozialschmarotzern“ fordern ausgerechnet solche Personen, die selbst wirtschaftlich einigermaßen saturiert sind und die nicht um sozialpolitische Ressourcen konkurrieren müssen.

### 4. Arbeitserfahrungen, Arbeitsteilung, rechtspopulistische Orientierungen

Damit ist allerdings nicht gesagt, dass Arbeitserfahrungen für die Entstehung rechtspopulistischer Orientierungen unbedeutend sind. Das Gegenteil ist der Fall. Die marktzentrierte Flexibilisierung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen und die damit einhergehenden Prekarisierungsprozesse verändern nicht nur eingespielte Formen der Ar-

beitsteilung; sie sorgen auch dafür, dass die Legitimation dieser Arbeitsteilungen erodiert. Dies schafft Raum für fremdenfeindliche, neorassistische Klassifikationen. Anders gesagt, eine relativ erfahrungsresistente rechtspopulistische Axiomatik bemächtigt sich nicht nur konkreter Arbeitserfahrungen, sie wird durch marktzentrierte Arbeitsformen beständig bestätigt und forciert. Wir haben diesen Prozess der Umformung von Arbeitserfahrungen in mindestens fünf Erfahrungsbereichen eingefangen:

heimliche, informelle Verbreitung solcher Klassifikationen erscheint als subversiver Akt, nicht nur gegen „arrogante Ausländer“, sondern auch gegen „die da oben“, die ihre ausländerfreundliche Politik mit repressiven Mitteln durchsetzen.

Das Beispiel des Automobilherstellers steht durchaus exemplarisch für andere Fälle. In den disziplinierten Produktionsgemeinschaften transnational agierender Konzerne haben Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und rechtsextremistische Ten-

*Die rebellische Variante* findet sich vor allem bei Befragten aus der „Zone der Entkoppelung“ und der „Zone der Prekarität“ (Typ 6, 8, 9). Charakteristisch für diese Variante ist, dass sie in erster Linie von einem Zerfall kohärenter rationaler politischer Orientierungen zeugt. Dementsprechend zerrüttet und diffus sind auch die politischen Orientierungen der Befragten. Die Ausgegrenzten und Prekarier schwanken zwischen Resignation und imaginärer Revolte, einer Revolte, die zumeist in jenen Bahnen verbleibt, die ihnen das System aufzwingt. Ihr Protest erscheint in gewisser Weise richtungslos; er wendet sich gleichermaßen gegen „die da oben“ wie gegen „fremd“ und „anders“. Vor allem aber richtet er sich gegen die gesamte politische Klasse. Das Schwanken zwischen resignativer Unterwerfung und ostentativen Elendsbekundungen folgt dabei einer affektiven Quasi-Systematisierung: Es handelt sich um eine nahezu geschlossene Weltansicht, die in erster Linie auf Gefühlen basiert.

**Schaubild 3:**

- (1) Negative Flexibilisierung ohne politische Repräsentation
- (2) „Entweiblichung“ und „Zwangsfeminisierung“
- (3) Umkämpfte Hierarchien in disziplinierten Produktionsgemeinschaften
- (4) Ethnische „reine“ Arbeitersolidarität
- (5) Selbstinstrumentalisierung in „entgrenzten“ Arbeitsformen

Exemplarisch sei einer dieser Zusammenhänge erläutert. In einem großen Automobilwerk stoßen deutsche Leiharbeiter auf Vorarbeiter mit Migrationshintergrund, von denen sie angelernt werden. Es kommt zu Konflikten, in einem Fall zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung, die in eine Morddrohung gipfelte. In den Augen der deutschen Leiharbeiter verhalten sich die türkischen oder kroatischen Vorarbeiter „hochnäsig“ und „arrogant“. Die Leiharbeiter sehen sich selbst als „Ablassventil“ von Ausländern, die sich am „schwächsten Glied“ in der Kette reiben wollen. Die subalterne Behandlung, die in dem Vorwurf gipfelt, dass jeder Ausländer besser behandelt werde als sie selbst, beantworten die Leiharbeiter ihrerseits mit einer fremdenfeindlichen Klassifikation. Als Begründung führen sie an, dass „es uns vielleicht auch gut gehen“ würde, wenn die Ausländer nicht da wären. Unversehens erhält der Wunsch des Leiharbeiters, selbst Stammarbeiter zu werden, eine fremdenfeindliche Wendung. Es verdichtet sich die Überzeugung „die Ausländer sind halt besser gestellt als wir“. Verstärkt wird diese Haltung durch die offizielle Konfliktverdrängung im Betrieb. Fremdenfeindliche Orientierungen gedeihen im Verborgenen. Würden sie explizit, müssten die Beteiligten mit harten Sanktionen durch die Werksleitung und den Betriebsrat rechnen. Aufgrund dieser Konstellation entsteht im Werk eine Art doppelter Realität. Mit Blick auf das eigene Team und die konkrete Arbeitstätigkeit verhält man sich unternehmenskonform. Doch unter dem Deckmantel der politischen Korrektheit blühen fremdenfeindliche und teilweise offen rassistische Klassifikationen. Die

denzen offiziell keinen Platz, denn sie wären geschäftsschädigend. Doch kosmopolitische Orientierungen des Managements können in den disziplinierten Belegschaften geradewegs gegenteilige Reaktionen auslösen. Sind sie doch – nicht nur aus der Perspektive prekär Beschäftigter – die eigentlichen Verursacher von Unsicherheit und Abstiegsängsten. Ausländerfreundliche, tolerante Haltungen werden in den Augen der Befragten somit ausgerechnet von jenen zur Norm erklärt, die die Verantwortung für die schwierige Situation von (Leih-)Arbeitern tragen. Dass diese „Kosmopoliten“ ihre Normen im Zweifelsfall auch mit repressiven Mitteln durchsetzen, erzeugt Ablehnung. Wut auf die Vorgesetzten verbindet sich mit einer fremdenfeindlichen, latent rassistischen Klassifikation, die im betrieblichen Alltag unterdrückt wird und eben deshalb nicht wirksam dekonstruiert werden kann.

### **5. Rebellischer, konservierender und konformistischer Rechtspopulismus**

Arbeitserfahrungen werden in unterschiedlichen sozialen Positionen verarbeitet und in die rechtspopulistische Axiomatik eingepasst. Auf der Grundlage unseres empirischen Materials unterscheiden wir drei charakteristische, mit Arbeitserfahrungen angereicherte Ausprägungen der rechtspopulistischen Axiomatik, die nicht unmittelbar mit den Zonen der Arbeitsgesellschaft korrespondieren, gleichwohl jedoch eine gewisse Zonenspezifität besitzen: die konformistische, die konservierende und die rebellische Variante rechtspopulistischer Orientierungen.

*Die konservierende Variante* findet sich bevorzugt bei formal integrierten Beschäftigten, die sich freilich überwiegend mit einem drohenden sozialen Abstieg konfrontiert sehen oder zumindest von Abstiegsängsten getrieben werden (Typ 3, 4). Diese Befragten zielen im Grunde darauf, ihre eigene soziale Position zu verteidigen, indem sie Ressentiments als Triebfeder „gesellschaftlicher und politischer Aktion“ nutzen (Castel 2005: 67 f.). Ressentiments gegen andere werden gezielt als Mittel in der Konkurrenz um Ressourcen und gesellschaftlichen Status eingesetzt. Die Argumentation dieser Gruppen ist stärker rationalistisch geprägt. Bei Verteilungskämpfen unterscheiden die Befragten durchaus zwischen „oben“ und „unten“; ihre Grundhaltung steht daher nicht in Widerspruch zu gewerkschaftlicher Organisation und kollektiver Interessenvertretung. Dieser reaktive Nationalismus von Lohnabhängigen stellt eine sozialpopulistische Antwort auf die Entgrenzung der Märkte dar. In einer historischen Situation, in der die alte Verklammerung von Nationalstaat und sozialreformerscher Politik zerbrochen ist, bietet sich die Politik mit den Grenzen als imaginärer Ausweg an. So unterschiedlich die individuellen Überzeugungen und Klassifikationssysteme der einzelnen Befragten auch sein mögen, einig sind sich die Betroffenen darin, dass Zuwanderung Arbeitsplätze kostet, deutschen Staatsbürgern Kosten verursacht und die Lebensqualität schmälert. Konservierend verhalten sich diese Arbeiter und Angestellten, weil sie mit einem rigiden Zuwanderungsregime eigentlich die Vorzüge der alten „Bonner Republik“ (oder auch ih-

rer ostspezifischen Wahrnehmung) bewahren wollen. Auf diese Orientierungen trifft zu, dass sich ein rudimentärer „Klasseninstinkt“ mit einer Mischung aus Missgunst und Verachtung paart, „die auf Unterschieden zwischen sozialen Lagen fußt“ und mit der „man die Verantwortung für das eigene Unglück bei jenen Gruppen sucht, die sich auf der sozialen Leiter knapp oberhalb oder knapp unterhalb der eigenen Position befinden“ (Castel 2005: 68).

Die rebellische und die konservierende Variante muss indessen von einer Orientierung unterschieden werden, die ich als *konformistischen Rechtspopulismus* bezeichnen will. Diese Variante findet sich bevorzugt in der „Zone der Integration“ (Typ 1, 2) und hier häufig bei Befragten, die kontrollierende Arbeitstätigkeiten ausüben. Von einer konformistischen Variante sprechen wir, weil sie wesentlich auf Überanpassung an hegemoniale Normen beruht und sich durch eine eher affirmative Haltung zu einem marktzentrierten Umbau des Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells der Bundesrepublik auszeichnet. Diese vermeintlichen Modernisierungsgewinner sehen sich überwiegend mit einem erheblichen Problemdruck konfrontiert. Während der Leistungsdruck im Job zunimmt, gibt es immer weniger Garantien, dass überdurchschnittlicher Einsatz auch zum gewünschten Ziel führt. Je größer der Leistungs- und Anpassungsdruck ist und je vorbehaltloser entsprechende Normen erfüllt werden, desto vehementer verlangt man Gleiches von anderen. Das Streben nach nahtloser Integration in die betriebliche Arbeitswelt (Arbeitsorientierung) dient den Befragten offenkundig als normative Referenzfolie, um gesellschaftliche Probleme (politisches Bewusstsein) zu bewerten. Integration – etwa von Ausländern – ist dann nur noch als Assimilation, als nahtlose Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft denkbar. Und wer einer solchen Integrationsvorstellung nicht entspricht, läuft Gefahr, als nicht integrationsfähig, mithin ausgrenzbar, abqualifiziert zu werden. Die konformistische Variante macht besonders deutlich, dass Übergänge zu rechten Orientierungen nicht als Entsprechung zum wahrgenommenen Ausmaß sozialer Desintegration begriffen werden dürfen, sondern auch und gerade als Folge einer Überanpassung an Normen entstehen können, die für ein Integrationskonzept konstitutiv sind, das, etwa auch im Feld hochqualifizierter Informationsarbeit, Erfahrungen strukturieren kann.

## 6. Schlussfolgerungen

Was bedeuten diese empirischen Befunde für die sozialwissenschaftliche Debatte um die Ursachen eines neuen Rechts-

populismus? Abschließend seien drei Schlussfolgerungen benannt.

**Erstens** belegt unsere Untersuchung, die Existenz eines rechtspopulistischen Potentials, das sich aus höchst unterschiedlichen, z. T. geradezu gegensätzlichen Motiven und Interessenlagen speist. Auf theoretische Erklärungsansätze bezogen bedeutet dies, dass die scheinbar unversöhnliche Frontstellung zwischen Deprivationsansätzen, an die sich z. B. Robert Castel (2005) anlehnt, und Dominanzkultur-Ansätzen (Rommelspacher 1995, Held u. a. 1996), die in scharfer Frontstellung zu so genannten „Defizit-Theorien“ operieren, möglicherweise nur unterschiedliche empirische Phänomene thematisiert. Die Dominanzkultur-These besagt, dass Personen, die „sich mit den herrschenden Werten Geld, Karriere und Erfolg identifizieren“, die „das Leistungsprinzip verabsolutieren und die zwischenmenschlichen Beziehungen auf ihre Funktionalität für das Eigeninteresse reduzieren“, für rassistische und autoritär-nationalistische Einstellungen besonders anfällig sind (Rommelspacher 1995: 86). Demnach ist der Neorassismus „in seiner systematischen Erscheinungsform vor allem ein Problem der Etablierten bzw. jener, von denen erwartet wird und die von sich selbst erwarten, dass sie einmal dazugehören werden – mit aller Gewalt“ (ebd.). Unschwer lassen sich in dieser Diagnose Züge der „konformistischen“ Rechtspopulismus-Variante erkennen. Wenn Dominanzkultur-Theoretiker wie Rommelspacher (1995: 86) aber formulieren, der Neorassismus sei kein vorrangiges „Problem der Zu-Kurz-Gekommenen“ und statt dessen im „Wohlstandschauvinismus“ (ebd.: 87) die Hauptursache neorassistischer Klassifikationen sehen, verfehlen sie freilich die Eigenheiten des „konservierenden“ wie auch des „rebellischen“ Rechtspopulismus.

Im Kontrast zu solchen Vereinseitigungen lässt sich **zweitens** festhalten, dass es durchaus Zusammenhänge zwischen Prekarisierung, der damit verbundenen Wiederkehr sozialer Unsicherheit und der Entstehung rechtspopulistischer Orientierungen gibt. Solche Zusammenhänge lassen sich nur bestreiten, wenn man die Wirkung von Prekarisierungsprozessen auf das Phänomen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse beschränkt und Prekarität auf eine sozioökonomische Lage reduziert, die unabhängig von verhaltenssteuernden Habitusformen existiert. Eine solche Sichtweise ignoriert, dass die „Zonen“ der Arbeitsgesellschaft sich zueinander wie ein System kommunizierender Röhren verhalten. Dies nicht nur, weil die Abstiegsängste formal integrierter Gruppen einen wesentlichen Kristallisationspunkt von Pre-

karität bilden, sondern vor allem, weil der disziplinierende Druck, der von den „Entkoppelten“ und „Prekarierten“ ausgeht, die pathologischen Seiten moderner Arbeitsformen mit erzeugt. Zudem liefern die neuen „gefährlichen Klassen“ der Ausgegrenzten und Prekarisierten jenen Gruppen eine Distinktionsfolie, die das Leiden am Erfolg unduldsam und intolerant werden lässt. Je weniger die Disziplinierung durch den Markt dem Einzelnen auflösbar erscheint, desto eher tendiert er dazu, Statuskonkurrenzen mit dem Mittel des Ressentiments, oder zugespitzter, mittels fremdenfeindlicher oder neorassistischer Klassifikationen auszutragen.

In diesem Zusammenhang gilt es **drittens** zu beachten, dass die Prekarisierung politisch vor allem als ein Kontrollsystem wirksam wird, das in den Zonen der Arbeitsgesellschaft unterschiedliche Formen des Selbstregierens und der Selbstdisziplinierung erzeugt. Es ist die Überanpassung an entsprechende Normen, die ausgrenzende Integrationsvorstellungen hervorbringt. Und die Verdichtung und Zuspitzung solch ausgrenzender Integrationsvorstellungen in einer bipolaren Logik, die sich gegen stigmatisierte Ausländergruppen wendet, stellt das zentrale Bindeglied zu rechtspopulistischen Orientierungen dar. Ohne Zweifel enthält diese Interpretation Parallelen zur klassischen Autoritarismus-These, wie sie Fromm und später Adorno (Adorno u. a. 1973; kritisch: Hopf u. a. 1995, Hopf 1999; vgl. auch: Flecker 2004, Flecker/Krenn 2004) formuliert haben. Der „neue Autoritarismus“ lässt sich indessen primär wohl kaum auf eine Ich-Schwäche zurückführen, die in Defiziten frühkindlicher Sozialisation wurzelt. Der neue Autoritarismus wird, das belegt unsere Untersuchung, durch Mechanismen und Erfahrungen mit erzeugt, die im Arbeitsumfeld der Befragten angesiedelt sind. Gerade in den oberen Etagen der Arbeitsgesellschaft und dort, wo moderne, partizipative Arbeitsformen existieren, gibt es offenbar einen Zusammenhang zwischen der zunehmenden Marktsteuerung von Arbeit, den in Korrespondenz zu marktzentrierter Steuerung entwickelten Formen des „Selbstregierens“ (Foucault 2000: 41 ff.) und einer Art Selbstinstrumentalisierung, die nicht nur Leidensdruck erzeugt, sondern auch Techniken einer ressentimentgeladenen Selbstformung hervorbringt, welche einer Bewältigung des Drucks dienen. Ausgrenzende Integrationsvorstellungen sind ein Produkt solcher Techniken des Selbstregierens. Marktförmige Steuerungsmechanismen in der Arbeitswelt generieren offenkundig einen „Zwang zum Selbstzwang“, einen Modus der Selbstzuschreibung, der tendenziell auf die gesamte Persönlichkeit ausstrahlt. In

unterschiedlicher Weise bringt dieser Modus der Selbstzuschreibung in allen Zonen der Arbeitsgesellschaft Formen der Überanpassung hervor, die in rechtspopulistische Orientierungen einmünden können. Rechtspopulistische Orientierungen stellen im Grunde eine Form der imaginären Reintegration in die Gesellschaft dar, die auf Kosten von Anderen, Schwächeren, eben von Outsidergruppen vollzogen wird.

Zwischen den skizzierten Orientierungen und den dahinter verborgenen Poten-

tialen existieren durchaus Spannungsverhältnisse. „Rebellischer“, „konservierender“ und „konformistischer“ Rechtspopulismus lassen sich nicht ohne weiteres unter einen Hut bringen. Gerade dies konstituiert eine strukturelle Mobilisierungsschwierigkeit für rechtspopulistische Formationen. Wollen sie ihr Potential ausschöpfen, müssen sie das scheinbar Unvereinbare versöhnen. Sie müssen den „konformistischen“ Marktapologeten in gehobener Position, der an der Selbstunterwerfung unter die Erfolgskri-

terien des neuen Marktregimes leidet, mit dem „rebellischen“ Leiharbeiter zusammenbringen, dem es im Grunde um besseren Schutz vor der Willkür eben dieses Marktregimes geht. Für alle Übergangsformen zum Rechtspopulismus gilt indessen, dass sie in der entscherten Arbeitsgesellschaft auf vielfältige Weise Abstützung und Verstärkung erfahren können. Eine Umfrageforschung, die solche Zusammenhänge ignoriert, leistet der Suche nach wirksamen Gegenstrategien einen Bärendienst. ■

## Literatur:

Adorno, Th. W. u.a. (1973, Original 1950): *The Authoritarian Personality*. New York.

Boltanski, L./Chiapello, È. (2003): *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz. Frz. (1999): *Le nouvel Ésprit du Capitalisme*. Paris.

Bourdieu, P. (1988): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt/M. 2. Aufl.

Bourdieu, P. (2000) *Die zwei Gesichter der Arbeit*. Konstanz.

Bröckling, U./Krasmann, S./Lemke, Th. (Hrsg.) (2000): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt/M.

Castel, R. (2000): *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz.

Castel, R. (2005): *Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat*. Hamburg.

Decker, F.: *Der neue Rechtspopulismus*. Opladen. 2. Aufl. 2004.

Dörre, K./Röttger, B. (Hrsg.) (2003): *Das neue Marktregime*. Hamburg.

Dörre, K.; Kraemer, K., Speidel, F. (2005): *Prekäre Beschäftigungsverhältnisse – Ursache von sozialer Desintegration und Rechtsextremismus?* Endbericht. November 2005. Teilprojekt 2 im Forschungsverbund „Desintegrationsprozesse – Stärkung von Integrationspotenzialen einer modernen Gesellschaft“. Ms: Jena/Recklinghausen.

Flecker, J. (2004): *Die populistische Lücke: Umbrüche in der Arbeitswelt und ihre politische Verarbeitung*. FORBA-Schriftenreihe 1/2004. Wien.

Flecker, J./Hentges, G. (2004): *Rechtspopulistische Konjunkturen in Europa – sozioökonomischer Wandel und politische Orientierungen*. In: Bischoff/Dörre u.a., a.a.O.: 119-149.

Flecker, J./Krenn, M. (2004): *Abstiegsängste, verletztes Gerechtigkeitsempfinden und Ohnmachts-*

gefühle – zur Wahrnehmung und Verarbeitung zunehmender Unsicherheit und Ungleichheit in der Arbeitswelt. In: Zilian, H.G. (Hrsg.): *Insider und Outsider*. Mering.

Foucault, M. (2000): *Die Gouvernementalität*, in: U. Bröckling u.a., a.a.O., S. 41-67.

Held, J./Horn, H.-W./Marvakis, A. (1996): *Gespaltene Jugend. Politische Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer*, Opladen.

Hopf, W. (1999): *Ethnozentrismus und Ökonomismus. Die ‚Leistungsgesellschaft‘ als Deutungsmuster für soziale Ausgrenzung*, in: *Prokla* 102, 26. Jg. Nr. 1, S. 107-130.

Hopf, Ch. u.a. (1995): *Familie und Rechtsextremismus – Analyse qualitativer Interviews mit jungen Männern*, Weinheim.

Rommelspacher, B. (1995): *Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht*. Berlin.

STUTTGART. Als einen Erfolg der Vernunft bezeichnet die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes die jüngste Entscheidung des Landgerichts Stuttgart zur Affäre um durchgestrichene oder zerbrochene Hakenkreuze. Bei einem Infoland der VVN-BdA am 21.1. in Schorndorf wurden Flugblätter, Broschüren und Anstecker beschlagnahmt, weil sie angeblich „Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ enthalten würden. (siehe auch AN 3-06) Auf die Beschwerde der VVN-BdA gegen die Beschlagnahmung hat nun die 5. Große Strafkammer am Landgericht Stuttgart reagiert: „Der Verdacht einer Straftat nach § 86 a StGB ist nicht gegeben.“ (...) „Im Hinblick auf die vorliegend verfahrensgegenständlichen Buttons und die Flugblätter (vorstehend Nr. 1 und 2) ist schon auf den ersten Blick jedem unvoreingenommenen Betrachter klar, dass die Bezugnahme auf das nationalsozialistische Kennzeichen in jeweils nachdrücklich ablehnendem Sinne geschieht. Auch ist eine Gefahr, dass rechte Gruppierungen diese Art der Darstellung benutzen könnten, das Kennzeichen wieder – diesmal in ihrem Sinne – in das politische Alltagsbild zu transportieren, nicht gegeben. Es kann ausgeschlossen werden, dass Verfechter der politischen Ziele, für die das Kennzeichen steht, es in dieser – zerstörten – Form verwenden würden.“

Gleiches gilt für die bildliche Darstellung des Hakenkreuzes als Schlagbügel einer Mausefalle (oben Nr. 3 a)). Schon die karikierende Darstellung des Kennzei-

chens als – für den durch den „Speck“ (d.h. die Parteien „DVU, NPD, REP usw.“) Verführten – möglicherweise tödliche Falle bringt auch für den oberflächlichen Betrachter eindeutig die Warnung vor der durch das Kennzeichen symbolisierten politischen Gesinnung und damit deren deutliche Ablehnung zum Ausdruck. Verstärkt wird dies zum einen durch die Überschrift „Vorsicht Falle“, zum anderen durch den zugehörigen Begleittext der Broschüre. Darüber hinaus sind derart karikaturistische Darstellungen des Hakenkreuzes weder geeignet, einer Wiederbelebung des Nationalsozialismus, seines Gedankengutes oder gar ehemaliger nationalsozialistischer Organisationen zu dienen, noch entfalten sie eine Werbewirkung für diese Ziele. Verfechter des Nationalsozialismus würden dieses von ihnen hoch gehaltene Symbol nie in dieser karikierten Form verwenden (vgl. BGHST 25, 12811311) Auch das von der Staatsanwaltschaft beanstandete „Mülleimer-Piktogramm“ erfüllt in der konkreten Form der Verwendung nicht den Tatbestand des § 86 a StGB. Der Begleittext der Broschüre stellt eindeutig klar, dass durch das Piktogramm eine nationalsozialistisches Gedankengut ablehnende politische Gesinnung zum Ausdruck gebracht wird, die durch das Kennzeichen symbolisierten politischen Ideen somit „in den Müll“ gehören sollen.“ (Geschäfts-

## Anti-Nazi Symbole sind erlaubt!

nummer: 5 Qs 17106 3 Gs 36/06 AG Schorndorf 7 Js 10686/06 StA Stuttgart)

Am 22. März wurde der hier zitierte Beschluss des Landgerichts gefasst. Am 28. März reichte die Staatsanwaltschaft Stuttgart Klage gegen den Geschäftsführer des „Nix gut“-Versandes in Leutenbach bei Winnenden ein. Der Versand hatte T-Shirts, Aufkleber und andere Artikel mit denselben oder ähnlichen Aufdrucken vertrieben. Sie alle enthalten eine klare Botschaft gegen Faschismus und Neofaschismus. Angeblich geht es ihr darum, eine obergerichtliche Entscheidung herbeizuführen, die sie aber spätestens mit der zitierten Entscheidung des Landgerichtes erhalten hat. (Entsprechende Entscheidungen höherer Gerichte liegen ebenfalls seit Jahren vor).

Das alles kann nicht anders gewertet werden, als ein Vorwand, wider besseres Wissen und besserer Gerichtsentscheidungen, weiterhin Zivilcourage gegen Nazis zu kriminalisieren, junge Antifaschistinnen und Antifaschisten einzuschüchtern. Das Ganze ist ein Lehrstück für ein obrigkeitlich ausgerichtetes Staats- und Demokratieverständnis, dem jedes Engagement der Bürgerinnen und Bürger verdächtig ist, selbst dann, wenn es das tut, was das Grundgesetz verlangt: Die Würde und die Rechte der Menschen gegen Faschismus und Rassismus zu verteidigen. **Dieter Lachenmayer** ■